

Arbeit und Gewerkschaft beim BSW

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit



Wir wissen:

Die Frage des Friedens ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von elementarer Bedeutung. Die Arbeitnehmerrechte, alle von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Errungenschaften und der Demokratie sind unvereinbar mit Krieg.

Der Kampf gegen den Krieg war schon immer ein Bestandteil der Arbeiterbewegung.

Die geplante massive Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO dient nicht der Verteidigung gegen einen drohenden Angriff, wie sie uns weismachen wollen, sondern der Kriegsvorbereitung.

Dazu gehört die geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Diese Angriffswaffen können fast ohne Vorwarnzeit Kommandozentralen in Russland treffen. Es sind (atomar bestückbare) Erstschlagwaffen. Sie machen Deutschland zur Zielscheibe in einem kommenden Weltkrieg, der ein Atomkrieg sein würde.

Wir haben erlebt:

Während der Wahlen wurde der Krieg als zentrales politisches Thema von allen Parteien außer dem BSW ausgeblendet. Wenige Stunden nach den Wahlen wurde das ganze Ausmaß des Wahlbetrugs deutlich. Mit einem unglaublichen Manöver wurde vom Bundestag und Bundesrat ein Freibrief für unbegrenzte Kriegskredite vereinbart. Dafür wird die Schuldenbremse gelockert.

Das sogenannte Sondervermögen für Infrastruktur und Klima dient dazu, die Aufrüstung leichter durchsetzbar zu machen und in hohem Maße auch der Herstellung einer kriegstüchtigen Infrastruktur.

**In dieser historischen Situation hat das BSW
sich als einzige konsequente Friedenspartei bewährt.**

Um zu helfen, dass eine politische Kraft gegen Krieg und sozialen Krieg entsteht und sich aufbaut, gründen wir heute die Initiative Arbeit und Gewerkschaft beim BSW (AGBSW) für Berlin.

Wir treten ein für:

- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, an Israel und in alle Welt!
- Nein zu den Sanktionen!
- Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!
- Rüstungskontrolle und Abrüstung! Keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen!
- Keine Milliarden in die Rüstung!
- Investitionen und mehr Personal für Bildung und Hochschulen, Gesundheitswesen, ÖPNV, Klimaschutz und Infrastruktur, für den Wiederaufbau des Sozialstaats! Dafür Aufhebung der Schuldenbremse!
- Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen im Kampf mit ihren Gewerkschaften für Tarifverträge und höhere Löhne – gegen Missbrauch durch Leiharbeit und Werkverträge!
- Zivile Produktion statt Rüstungsproduktion!
- Verteidigung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und des Rechts auf Streik!

Berlin 25.3.2025

Für die Versammlung: Ralf Krämer, Josephine Thyrêt, Jörn Rieken, Gotthard Krupp

Kontakt über: berlin@frieden-waehlen.de